Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendent pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 92 (2019)

Heft: 5

Rubrik: Medienmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Waffen registrieren und konfiszieren – Bürger entwaffnen oder verhaften und erschiessen!

Heinrich L. Wirz

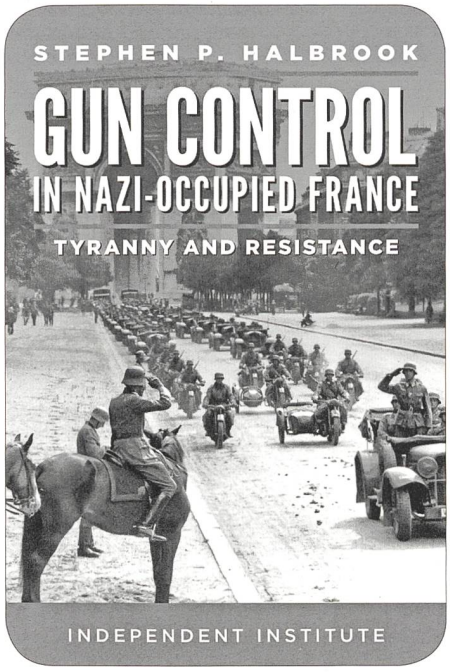
1935 verordnet der französische Premierminister Pierre Laval die amtliche Waffenregistrierung. Niemand will ahnen, dass das Land fünf Jahre später kapituliert und zum Vasallenstaat des nationalsozialistischen Dritten Reiches wird. Nach ihrem «Blitzkrieg» 1940 hängen Angehörige der Deutschen Wehrmacht Plakate auf, wonach Feuerwaffen unter Androhung der Todesstrafe innert 24 Stunden abzugeben seien. Sie kontrollierten mittels der Verzeichnisse der französischen Polizei, die ab Mitte 1941 selbst zu beschlagnahmen befohlen wurde. Aber manche Männer und Frauen hatten ihre (Jagd-)Waffen gesetzeswidrig unregistriert belassen. Sie lieferten diese auch nicht ab und schlossen sich gegen die deutsche Besatzungsmacht dem französischen Widerstand an, der «Résistance». Noch lebende Angehörige werden durch den Autor zitiert – aufgrund seiner Umfragen um das Jahr 2000. Sie berichten eindrücklich über ihre Einsätze und Verstecke, aber auch über Verrat durch Landsleute. Der Buchinhalt geht von der Krise der Dritten Republik aus zu gesetzlichen Verzeichnissen von Waffen und deren zwangsweisen Abgabe an die Sieger bis zur Verwendung der zurückbehaltenen Waffen im Kampf gegen die Fremdherrschaft und für die Befreiung Frankreichs. Laval leitete im Jahre 1940 und ab 1942 die mit den Nazi-Besatzern kollaborierende Vichy-Regierung. Er wurde 1945 als Hochverräter zum Tode verurteilt und erschossen. Im gleichen Gefängnis waren zahlreiche seiner Mitbürger hingerichtet worden. Stephen P. Halbrook, bekannter amerikanischer Rechtsanwalt und -historiker sowie Buchautor mit Schwergewicht Waffenrecht, Drittes Reich, Zweiter Weltkrieg und Neutrale Schweiz, hat in den Archiven Frankreichs und Deutschlands neue Dokumente entdeckt und schliesst mit seinem sorgfältig quellengestützten und spannend zu lesenden Werk eine weitere geschichtliche Lücke bei der Entwaffnung von Völkern. Voraus ging 2016 «Fatales Erbe – Hitlers Waffengesetze: Die legale Entwaffnung von Juden und «Staatsfeinden» im «Dritten Reich»».

Stephen P. Halbrook: Gun Control in Nazi-Occupied France – Tyranny and Resistance.

244 Seiten, 8 Seiten/18 Abbildungen, Bibliographie, Namens- und Sachregister, gebunden.

The Independent Institute, Oakland (California, USA) 2018. ISBN 978-1-59813-307-3

Verkaufspreis USD 28.95.



Vom gleichen Verfasser
Gun Control in the Third Reich – Disarming the Jews and «Enemies of the State».
248 Seiten, 18 Abbildungen, Bibliographie, Namens- und Sachregister, gebunden.
The Independent Institute, Oakland (California, USA) 2013. ISBN 978-1-59813-161-1
Verkaufspreis USD 19.50.
Fatales Erbe – Hitlers Waffengesetze: die legale Entwaffnung von Juden und «Staatsfeinden» im «Dritten Reich».
268 Seiten, 18 Abbildungen, Bibliographie, broschiert.
Berlin Story Verlag, Berlin 2016. ISBN 978-3-95723-102-4
Verkaufspreis Euro 24.95.
Bas les Armes! Le désarmement des Juifs et des «ennemis intérieurs» du IIIe Reich.
344 pages, 18 illustrations, bibliographie, index themes et noms, broché.
Edition Slatkine, Genève 2016.
ISBN 979-2-8321-0748-5
Prix de vente CHF 34.15.

Ausbildung für Spezialisten: Kampfmittel gefahrlos beseitigen

Das Kommando KAMIR ist für Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung zuständig. Das in Spiez ansässige Kompetenzzentrum bildet eigene Spezialisten aus, die in der Schweiz und im Ausland Einsätze leisten. Sie erfüllen vielfältige Aufgaben wie die Minenräumung und die Beseitigung von Blindgängern. Eine wichtige Aufgabe der KAMIR-Spezialisten ist die Ausbildung von Partnern, beispielsweise in der Vernichtung von Blindgängern. Ein Augenschein an einem Auffrischungskurs für Mitarbeitende der Logistikbasis der Armee (LBA) und der Militärpolizei.

Ein Teilnehmer bringt die Sprengladung an, um den Blindgänger zu beseitigen.

Um den Schiessplatz Luthern LU machte man besser einen grossen Bogen. Spezialisten des Kommandos KAMIR schulten hier nämlich im Rahmen eines Auffrischungskurses Mitarbeitende der Logistikbasis der Armee (LBA) und der Militärpolizei im Umgang mit nicht explodierter Munition. «Diese Männer arbeiten auf Schiessplätzen und sind dabei mehr oder weniger regelmässig mit Blindgängern konfrontiert. Aus diesem Grund müssen sie alle fünf Jahre diesen Auffrischungskurs besuchen, um der Situation entsprechend reagieren zu können», erklärt der Kursleiter Major Stephan Roth.

Ein millimetergenaues Vorgehen
Nach zwei Theorietagen im Kompetenzzentrum Spiez kommt nun auf dem Schiessplatz Luthern die Praxis zum Zug. Der Zugang zum hinten im Tal gelegenen Schiessplatz wird von Armeeangehörigen abgesperrt, damit die Munition sicher gesprengt werden kann. Auf dem Schiessplatz wurde zunächst Munition am Boden verteilt wie in der Echtsituation. Beim Sprengen müssen die

Teilnehmenden ein genaues Vorgehen befolgen: die Munition analysieren, die Sprengladung vorbereiten, positionieren und schliesslich zünden. Nachdem alle ihre Ladungen angebracht und die Zündschnur angezündet haben, ziehen sie sich in einen nahe gelegenen Unterstand zurück. Minuten später zerreissen Detonationen die Stille. Wo vorher Munition lag, sind nur noch kleine schwarze Krater zu sehen. Mission erfüllt!

Erfahrenes Fachpersonal
Die Teilnehmenden werden von Major Roth und zwei weiteren Mitarbeitenden des Kommandos KAMIR betreut. Alle drei sind Spezialisten für Minenräumung und Beseitigung von Blindgängern. Sie haben eine einjährige Grundausbildung und einen anschliessenden Auslandaufenthalt absolviert. Ausserdem haben sie bereits Einsätze in Minenräummissionen im Ausland geleistet, namentlich in der Demokratischen Republik Kongo und im Kosovo.

Eine abwechslungsreiche Arbeit
Die Arbeit des Kommandos KAMIR ist äusserst vielfältig. Die Spezialisten sind entsprechend ausgebildet und in der Lage, jegliche Situation zu bewältigen: Blindgänger, improvisierte Kampfmittel, Minenfelder, Munitionslager. «Es ist eine spannende und sehr abwechslungsreiche Arbeit», so ein Mitarbeiter des Kommandos KAMIR, mal sind wir im Büro und schreiben Berichte, mal sind wir im Feld, um Blindgänger zu beseitigen oder externe Mitarbeitende zu schulen – wie heute. Oder man geht in einen Auslandeinsatz.» Seiner Meinung nach braucht es für diese Arbeit vor allem zwei Eigenschaften: eine gute physische Kondition und die Fähigkeit, jederzeit die Ruhe zu bewahren.

Spezialistinnen und Spezialisten des Kommandos KAMIR werden in über 19 Ländern in friedensfördernden Missionen eingesetzt. Was die Schweiz angeht, wird die Anzahl kontaminierter Standorte auf über 700 geschätzt. Allein 2018 wurden der Blindgängermeldezentrale nicht weniger als 631 Blindgänger gemeldet. Um seine vielen Aufträge erfüllen zu können, ist das Kommando KAMIR auf qualifiziertes Personal angewiesen und bildet deshalb zahlreiche Mitarbeitende aus.

Quelle: vtg.admin.ch / Kommunikation Verteidigung

Die Armee hat 2018 5,4 Millionen Diensttage geleistet

Bern, 11.03.2019 – Die Angehörigen der Schweizer Armee leisteten im vergangenen Jahr 5,4 Millionen Diensttage, rund 170'000 Diensttage weniger als 2017. 184'526 Diensttage wurden in Einsätzen und für Unterstützungsleistungen erbracht. Die Truppenaufwände beliefen sich auf 180,7 Millionen Franken.

Im Jahr 2018 wurden in der Schweizer Armee 5'395'719 Diensttage geleistet, 173'286 Tage weniger als im Vorjahr (5'569'005). Die Truppenaufwände (Sold, Verpflegung, Unterkunft, Transporte, Dienstleistungen, Land- und Sachschäden) schlugen dabei mit 180,7 Millionen Franken zu Buche, 14,4 Millionen Franken weniger als im Vorjahr (195,1 Mio. Franken).

In Einsätzen und für Unterstützungsleistungen hat die Schweizer Armee 2018 insgesamt 184'526 Diensttage geleistet (Vorjahr: 211'865). Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Bereich Friedensförderungsdienst (Verkleinerung der SWISSCOY im Kosovo) und im Bereich Unterstützungsleistungen (Wegfall Grossanlass Ski Weltmeisterschaft 2017 in St. Moritz) weniger Leistungen als im Vorjahr erbracht wurden.

Für subsidiäre Sicherungseinsätze wurden im letzten Jahr insgesamt 64'388 Diensttage geleistet (Vorjahr: 63'403). Der Leistungsumfang bei den Friedensförderungsdiensten im Ausland liegt mit 97'714 Diensttagen etwas tiefer als im Vorjahr (114'078). Für die militärische Katastrophenhilfe wurden im letzten Jahr 93 Diensttage erbracht (Vorjahr: 464). Für Unterstützungsleistungen gemäss der «Verordnung über die Unterstützung ziviler oder ausserdienstlicher Tätigkeiten mit militärischen Mitteln» wurden 22'331 (Vorjahr: 33'442) Diensttage aufgewendet.

Im Rahmen des Luftpolizeidienstes hat die Schweizer Luftwaffe 16 (2017: 36) «Hot Missions» (Interventionen) geflogen. Zudem wurden 245 (2017: 292) «Live Missions» (Kontrolle von Staatsluftfahrzeugen) durchgeführt.

Quelle: Schweizer Armee

Tauglichkeit für Armee leicht angestiegen

Bern, 29.03.2019 – Im Jahr 2018 wurden in den Rekrutierungszentren der Schweizer Armee 31'411 Stellungspflichtige abschliessend beurteilt. 21'818 von ihnen sind tauglich für den Militärdienst und 2'934 für den Zivilschutz. Die Tauglichkeit beträgt damit wie im Vorjahr 78.8%.

Insgesamt erhielten 2018 in den sechs Rekrutierungszentren 31'411 (100%) Stellungspflichtige einen definitiven Entscheid. Dabei wurden 21'818 (69.5%) als militärdiensttauglich, 2'934 (9.3%) als schutzdiensttauglich und 6'659 (21.2%) als medizinisch untauglich beurteilt. Weitere 1'727 Stellungspflichtige wurden aus verschiedenen Gründen zurückgestellt.

2018 begann die Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee WEA. Dabei wurde auch ein flexibler RS-Start eingeführt, welcher es den angehenden Rekruten ermöglicht, die Rekrutierung nun bis zum vollendeten 24. Altersjahr (RS bis 25 Jahre möglich) zwischen drei und zwölf Monaten vor ihrem geplanten RS-Beginn zu absolvieren. Dies hatte zusammen mit demographischen Gründen zur Konsequenz, dass die Anzahl der Stellungspflichtigen im Jahr 2018 nur 31'411 (minus 5'127 gegenüber 2017) und dadurch die Anzahl Taugliche 21'818 (minus 3'164 gegenüber 2017) betrug. Eine Stabilisierung dieser Zahlen wird in den nächsten Jahren erwartet.

Die Militärdiensttauglichkeit hat sich gegenüber 2017 um 1.1% erhöht, diejenige für den Zivilschutz ist um 1.1% gesunken. Bezogen auf die Militärdiensttauglichkeit weisen die Kantone unterschiedliche Anteile auf. Diese liegen zwischen 83.8 und 58.8%.

2018 wurden insgesamt 3'067 aller Militärdiensttauglichen als Durchdiener rekrutiert, welche ihre gesamte Militärdienstzeit am Stück leisten. Im Jahr 2018 haben sich 397 Frauen freiwillig der Rekrutierung gestellt. Davon erhielten 337 einen definitiven Entscheid: 272 waren militärdiensttauglich, 34 schutzdiensttauglich und 31 medizinisch untauglich. 12 Frauen wurden zurückgestellt, weitere 48 sind entweder nicht eingerückt oder haben ihr Gesuch zurückgezogen.

Im Jahr 2018 wurden im Rahmen der Personensicherheitsprüfung sämtlicher Stellungspflichtigen 214 Risikoerklärungen erlassen. Mit der Durchführung von Personensicherheitsprüfungen anlässlich der Rekrutierung will die Armee verhindern, dass Personen, die ein mögliches Risiko für sich oder ihr Umfeld darstellen, eine Armeewaffe erhalten.

Eine medizinische Untauglichkeit kann rein körperliche, rein psychische oder gemischte Ursachen haben. Bei den körperlichen Ursachen stehen Probleme im Bereich des Bewegungsapparates im Vordergrund. Im psychischen Bereich sind Defizite bei der psychischen Belastbarkeit, Angststörungen sowie Drogenkonsum häufige Gründe.

Quelle: Schweizer Armee

Bundesrat entscheidet über die Zukunft des Technologiekonzerns RUAG

Bern, 18.03.2019 – Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 15. März 2019 das Vorgehen bei der Entflechtung des für die Armee tätigen Bereichs von RUAG genehmigt. Gleichzeitig hat er entschieden, dass RUAG International zu einem Aerospace-Technologiekonzern weiterentwickelt und mittelfristig vollständig privatisiert werden soll. Mit diesem Vorgehen kann nach Auffassung des Bundesrates den Bedürfnissen der Armee, den Eignerinteressen des Bundes sowie dem Arbeits- und Technologiestandort Schweiz optimal Rechnung getragen werden.

RUAG hat sich in den vergangenen 20 Jahren von einem Rüstungsbetrieb zu einem internationalen Technologiekonzern entwickelt. Die gesetzlich vorgeschriebene Sicherstellung der Ausrüstung der Armee macht heute nur noch einen Teil der Tätigkeiten aus. Der Bundesrat hat darum letztes Jahr beschlossen, die für die Armee tätigen Unternehmensteile von den übrigen Geschäftsbereichen zu entflechten. Am Freitag hat er diesen Grundsatzentscheid weiter konkretisiert.

Entflechtung ist auf Kurs

Ab 1. Januar 2020 wird die RUAG Holding AG eine neue Beteiligungsgesellschaft mit zwei Subholdings: Einerseits MRO Schweiz, die für die Armee tätig sein wird (ca. 2500 Mitarbeitende, Produktionsstandorte in der Schweiz); andererseits RUAG International für die übrigen Geschäftsbereiche (ca. 6500 Mitarbeitende, wovon zwei Drittel im Ausland). Diese beiden Subholdings werden separat geführt werden, rechtlich und finanziell voneinander unabhängig sein und mit getrennten Informatiksystemen arbeiten. Das Informatiksystem von MRO Schweiz wird in den Sicherheitsperimeter des VBS integriert. Damit wird die Informatiksicherheit auch im Nachgang zum Cyber-Angriff von 2016 weiter gestärkt. Damit die Beteiligungsgesellschaft sowie MRO Schweiz wie bisher im Interesse des Eigners handeln, soll in den Verwaltungsräten der Beteiligungsgesellschaft und der MRO Schweiz eine Mehrheit an unabhängigen, durch den Bundesrat genehmigten Verwaltungsräten Einsitz nehmen.

MRO Schweiz als Materialkompetenzzentrum der Armee

MRO Schweiz wird alle sicherheitsrelevanten Leistungen für das VBS erbringen, welche bisher RUAG erbracht hat. Dabei handelt es sich in erster Linie um Wartung, Reparatur und Überholung (MRO, englisch Maintenance, Repair und Overhaul) sowie um die Instandhaltung einsatzrelevanter Systeme wie die Kampfjets. Damit bekräftigt der Bundesrat, dass MRO Schweiz die Rolle des Materialkompetenzzentrums für die Schweizer Armee wahrnimmt. Gleichzeitig stärkt er die transparente und kostenoptimierte Leistungserbringung gegenüber dem VBS und entspricht damit Forderungen von EFK und parlamentarischen Kommissionen. MRO CH wird in begrenztem Ausmass auch Drittaufträge ausführen können, aber nur aus der Schweiz heraus und wenn Synergien mit dem Geschäft für die Armee vorliegen, etwa bei der Wartung von Helikoptern.

Strategie für RUAG International: Fokus auf Aerospace als privatisierte Firma

Für die übrigen, international ausgerichteten Geschäftsbereiche hat der Bundesrat die von RUAG ausgearbeiteten Optionen zur Weiterentwicklung geprüft und unterstützt die vom Verwaltungsrat vorgeschlagene Bildung einer Aerospace-Gruppe. Diese wird mittelfristig aus den beiden Unternehmensbereichen Aerostructures und Space bestehen. Die in den letzten Jahren durch RUAG aufgebauten Kompetenzen in diesen Geschäftsfeldern sollen fokussiert weiterentwickelt und das technische Knowhow in der Schweiz erhalten bleiben. Dies steht auch im Zusammenhang mit der Weltraumpolitik der Schweiz. RUAG wird den Umsetzungsplan dem VBS und der EFV noch im laufenden Jahr unterbreiten.

An einem solchen Technologiekonzern kann der Bund auf Dauer keine Beteiligung halten. Es gibt keine gesetzliche Grundlage hierfür und der Bundesrat sieht auch kein öffentliches Interesse daran. Der Bundesrat will deshalb RUAG International mittelfristig vollständig privatisieren.

Gestaffeltes Vorgehen bis zur vollständigen Privatisierung

Für diese Privatisierung hat RUAG ebenfalls verschiedene Optionen vorgeschlagen. Der Bundesrat wird zu einem späteren Zeitpunkt über die weiteren Schritte entscheiden. Er sieht ein gestaffeltes Vorgehen vor, abgestimmt auf den Aufbau der Aerospace-Gruppe. Zu Beginn werden unter RUAG International auch jene Unternehmensbereiche weitergeführt, die nicht zur neuen Ausrichtung als Aerospace-Gruppe passen oder die aufgrund der Vernetzung mit dem Ausland nicht in MRO Schweiz überführt werden können. Für diese Einheiten werden Partner gesucht, die für sie bessere Zukunftschancen bieten. Dazu zählen die Bereiche Cyber, MRO International und RUAG Ammotec. Für Simulation & Training wird ein Joint-Venture angestrebt.

Der Verkauf von RUAG Ammotec wird aus Sicht des Bundesrates die Versorgungssicherheit nicht beeinträchtigen. Schon heute sind im Bereich der Kleinkalibermunition die Schweizer Produktionsstandorte auf Komponenten aus dem Ausland angewiesen. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass ein Käufer sehr vorsichtig zu wählen ist. Insbesondere will der Bundesrat, dass der Standort Thun weiterbetrieben wird.

Arbeits- und Technologiestandort Schweiz

Der Bundesrat ist der Überzeugung, dass mit diesem Vorgehen sowohl den Interessen der Armee als auch denen des Unternehmens Rechnung getragen wird. MRO Schweiz kann sich auf den Kernauftrag zugunsten der Armee konzentrieren. Gleichzeitig kann die Aerospace-Gruppe als attraktives Technologieunternehmen mit Sitz in der Schweiz fortbestehen. Obwohl das Wachstum dieser Märkte primär im Ausland stattfindet, besteht damit die Möglichkeit, hochspezialisierte technologische Verfahren und entsprechende Arbeitsplätze in der Schweiz zu erhalten und weiter auszubauen. Zudem kann der Bund mit den geplanten Devestitionen und der Privatisierung der Aerospace-Gruppe seine finanziellen Risiken reduzieren.

Quelle: Schweizer Armee

Die Höhere Kaderausbildung der Armee mit fünf Sternen als exzellentes Unternehmen ausgezeichnet

Bern, 09.04.2019 – Nach drei Jahren schaffte es die Höhere Kaderausbildung der Armee (HKA), sich erneut mit 5 Sternen und somit mit dem höchsten Level für «Recognised for Excellence R4E» nach dem europäisch anerkannten Standard für Qualitätsmanagement zu rezertifizieren. Sie konnte sich gegenüber der Bewertung von 2016 nochmals markant verbessern.

«Exzellente Organisationen erzielen dauerhaft herausragende Leistungen, welche die Erwartungen aller ihrer Interessengruppen erfüllen oder übertreffen.» Diesen Anspruch an zertifizierte Unternehmungen hat die European Foundation for Quality Management (EFQM) auf ihrer Webseite definiert. Das EFQM-Modell ermöglicht es, die Qualität von Organisationen internationalen zu vergleichen und bewertet unter anderem die Anpassungsfähigkeit auf innere und äussere Veränderungen.

Anerkannte Partnerin in der Bildungslandschaft

Auf der Basis des EFQM-Modells strebt die HKA kontinuierliche Qualitätsverbesserungen sowie ein systematisches Innovationsmanagement an und verpflichtet sich durch die freiwillige, von EFQM-Assessoren durchgeführte Beurteilung, zur regelmässigen Offenlegung ihrer Tätigkeiten und Ergebnisse. Sie hat mit der erfolgreichen Rezertifizierung und einem Anstieg der Bewertung bewiesen, dass die Leistungen der HKA über die Zeit qualitativ hochstehend sind und festigt damit ihren Platz als anerkannte Partnerin in der Schweizer Bildungslandschaft. Diese Auszeichnung drückt aus, dass die HKA als Unternehmung dauerhaft hohe Qualität erzielt.

HKA.für Kader von morgen

Zur HKA zählen die Zentralschule und Generalstabsschule für die Ausbildung der höheren Milizkader, die Militärakademie an der ETH Zürich und die Berufsunteroffiziersschule der Armee für die Ausbildung der Berufsmilitärs sowie die Operative Schulung für die Ausbildung der Stäbe auf Stufe Armee. Als Kompetenzzentrum für militärische Führungsausbildung und militärwissenschaftliche Forschung erbringt die HKA ihre Leistungen schwergewichtig für die Armee, in Partnerschaft mit den anderen Trägern der Nationalen Sicherheitskooperation und zivilen Bildungsinstitutionen.

Quelle: HKA

Ernennung von Korpskommandant Baumgartner als Verteidigungsattaché in Washington

Bern, 10.04.2019 – Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 10. April 2019 der Ernennung von KKdt Daniel Baumgartner als Verteidigungsattaché in Washington (USA) per 1. Januar 2020 zugestimmt.

Der 57-jährige Korpskommandant Baumgartner ist zurzeit Chef Kommando Ausbildung. Er war 1988 in das Instruktionskorps der Versorgungstruppen eingetreten und wurde nach einem Studienaufenthalt am Institut Royal Supérieur de Défense (IRSD) in Brüssel im Jahr 2001 Kommandant der Versorgungsunteroffiziers- und -Rekrutenschulen in Freiburg. Von 2004 bis 2008 war er Kommandant der Logistikoffiziersschule in Bern und wurde, nach einem weiteren Studienaufenthalt am National War College in Fort McNair in Washington D.C., USA, als Projektleiter Militärstrategische Schulung im Stab Operative Schulung eingesetzt. Auf den 1. Dezember 2009 hat der Bundesrat Korpskommandant Baumgartner zum Chef Armeeplanung und Stellvertreter Chef Armeestab ernannt und gleichzeitig zum Brigadier befördert. Per 1. Oktober 2010 erfolgte die Ernennung zum Chef Logistikbasis der Armee und die Beförderung zum Divisionär. Auf den 1. Juli 2015 wurde Korpskommandant Baumgartner vom Bundesrat zum Zugeteilten Höheren Stabsoffizier / WEA Ausbildung und per 1. April 2016 zum Kommandant Heer ernannt. Die Beförderung zum Korpskommandant wurde per 1. Januar 2017 vollzogen. Zum Chef Kommando Ausbildung wurde er vom Bundesrat per 1. Januar 2018 ernannt. Korpskommandant Baumgartner wird nach einer Einsatzvorbereitung den bisherigen Stelleninhaber Divisionär Wanner als Verteidigungsattaché Washington, USA ablösen. Die Nachfolgeregelung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Quelle: VBS

2018: Armee beseitigt 352 Blindgänger

Bern, 24.04.2019 – Die Blindgängermeldezentrale der Schweizer Armee hat im letzten Jahr aufgrund von 631 Meldungen 352 Blindgänger beseitigt. Damit ist die Zahl der Blindgängerbeseitigungen angestiegen.

Im Jahr 2018 sind bei der Blindgängermeldezentrale der Armee 631 Meldungen eingegangen. Diese führten zur Beseitigung von 2128 Objekten, wovon knapp 17 Prozent effektiv Blindgänger waren (352 Objekte). In 18 Prozent der Fälle ging es um Fundmunition (384 Objekte) und in 65 Prozent um Munitionsschrott (1392 Objekte). Die Zahl der Blindgängermeldungen ist in den vergangenen Jahren plus/minus stabil geblieben, die Zahl der beseitigten Blindgänger hingegen hat in den letzten zwei Jahren zugenommen. Dies kann unterschiedliche Gründe haben. Mögliche Ursachen sind die milden Wetterbedingungen, welche mehr Outdoor-Tätigkeiten und mehr Munitionsfunde zur Folge haben. Ebenfalls kommen Munitionsrückstände im Rahmen der Gletscherschmelze zum Vorschein. Dies kann auch eine mögliche Ursache für die tendenziell wachsenden Zahlen an Munitionsschrott sein.

78 Prozent der Meldungen gingen von Zivilen ein, 12 Prozent von der Truppe und zehn Prozent von der Polizei. Aus den Kantonen Bern, Graubünden, St. Gallen und Wallis wurde die Blindgängermeldezentrale am häufigsten kontaktiert mit 69, 41, 41 resp. 38 Meldungen.

Die Blindgängermeldezentrale ist Teil des Kommandos für Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung, welches verschiedene Aufgaben in der Schweiz wahrnimmt, aber auch in militärischen und humanitären Einsätzen im Ausland engagiert ist. Die Aufgaben in der Schweiz umfassen nebst

der Bearbeitung der Blindgängermeldungen auch regelmässig stattfindende Aufräumaktionen auf Schiessplätzen und in Zielgebieten der Schweizer Armee in Zusammenarbeit mit den Territorialdivisionen und weiteren Partnern. Dort wurden vergangenes Jahr bei vier Räumungsaktionen 33 Tonnen Munitionsschrott abgeführt und 66 Blindgänger beseitigt. Die Menge des dabei beseitigten Munitionsschrotts ist angestiegen, was neben den bereits erwähnten Gründen auch mit einer Zunahme von Baustellen und Sanierungen auf ehemaligen Schiessplätzen zu tun haben kann.

Wer auf ein verdächtiges Objekt stösst, soll es keinesfalls berühren, sondern das Objekt im Gelände gut sichtbar markieren und die Polizei über Telefon 117 verständigen oder den Fund via Formular unter www.armee.ch/blindgaenger der Blindgängermeldezentrale melden. Noch einfacher geht es mit der Blindgänger-App, welche Sie für iPhone und Android-Geräte kostenlos in den gängigen App-Stores unter «Blindgänger» herunterladen können. Gemäss der VBS-Weisung über die Verhütung von Unfällen durch Blindgänger kann Privatpersonen eine Prämie von bis zu 100 Franken ausgerichtet werden, wenn durch die Meldung ein Unfall verhütet werden kann. Im Jahr 2018 wurden dafür 9'650 Franken ausbezahlt.

Quelle: Schweizer Armee

Beurteilung des BAFU zu Mitholz: VBS sieht sich in Arbeiten zur Risikominderung bestärkt

Bern, 15.04.2019 – In seiner Beurteilung zum ehemaligen Munitionslager Mitholz bestätigt das Bundesamt für Umwelt (BAFU) die bisherige Einschätzung des VBS: Das Risiko für die Bevölkerung ist in einem nicht akzeptablen Bereich. Damit kann das VBS seine bereits aufgenommenen Arbeiten konsequent weiterführen, mit dem Ziel, das Risiko mindestens in den akzeptablen Bereich nach den Beurteilungskriterien zur Störfallverordnung zu senken.

Das BAFU kommt in seiner Beurteilung zum gleichen Schluss wie die Risikoanalyse des VBS: Das Risiko des ehemaligen Munitionslagers Mitholz liegt im nicht akzeptablen Bereich. Es stützt sich dabei auf ein unabhängiges, durch das deutsche Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut in Efringen-Kirchen erstelltes Gutachten.

Die Beurteilung des BAFU erfolgt gemäss dem normalen Vollzug der Störfallverordnung und war bereits im vergangenen Sommer angekündigt worden. Gemäss BAFU ist die Risikoanalyse des VBS plausibel. Als Fachstelle des Bundes für die Störfallvorsorge beantragt es dem VBS, das Risiko mindestens in den akzeptablen Bereich zu senken.

VBS begrüsst BAFU-Beurteilung

Der Bundesrat wurde an seiner Sitzung vom 10. April 2019 über die Beurteilung des BAFU zur VBS-Risikoanalyse informiert. Gemeinsam mit dem BAFU, dem Kanton Bern und der Gemeinde Kandergrund fand am 15. April 2019 eine Informationsveranstaltung des VBS für die Bevölkerung vor Ort in Mitholz statt, an welcher das BAFU und die Experten des Fraunhofer-Instituts ihre Ergebnisse präsentiert haben.

Das VBS begrüsst die Beurteilung des BAFU. Aufgrund der Bestätigung des nicht akzeptablen Risikos haben sich die vom Bundesrat, dem VBS und dem Kanton Bern getroffenen und eingeleiteten Massnahmen als richtig erwiesen. Die Beurteilung des BAFU bestätigt die Notwendigkeit, dass die Arbeiten betreffend Massnahmen zur Risikosenkung konsequent weiterzuführen sind.

Die zusätzlichen Erkenntnisse, dass ein 20 t TNT Szenario mit einem anderen Ereignisablauf und räumlich anders verteilten Gefährdungsbereichen als möglich erachtet wird, werden in den weiteren Arbeiten bezüglich Prüfung der Massnahmen zur Senkung des Risikos und der Notfallplanung des Kantons berücksichtigt.

Arbeiten laufen auf Hochtouren

Bereits im August 2018 hat sich die vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe konstituiert und seither die Arbeiten in verschiedenen Bereichen vorangetrieben:

- Technische Untersuchungen: Für die Anlage wurde ein digitales 3D-Modell erstellt, das als wichtige Grundlage für weitere Untersuchungen dient. Ein demnächst vorliegendes geologisches Gutachten bestätigt die Annahmen aus der Risikobeurteilung des VBS ebenfalls. Die Experten von armasuisse Wissenschaft + Technologie führen laufend Untersuchungen an einzelnen Munitionsstücken aus der Anlage durch. Die bereits laufende Überwachung des Grundwassers wurde intensiviert und zusätzliche Probeentnahmestellen definiert.
- Massnahmen zur Senkung des Risikos: Um das Risiko auf ein akzeptables Mass zu senken, hat das VBS das Projekt «Variantenevaluation Mitholz» gestartet. Darin werden laufend Massnahmen für eine unmittelbare Risikominimierung und bis Mitte 2020 mögliche Varianten zur Senkung des Risikos eruiert. Basierend auf diesem Variantenfächer soll anschliessend über die umzusetzende Variante entschieden werden. Um eine möglichst umfassende Auslegeordnung zu erreichen, hat das VBS am 8. März 2019 einen Workshop mit Vertretern der involvierten Behörden, der regionalen Politik und mit Experten aus der Privatwirtschaft durchgeführt.
- Überwachungsmassnahmen: Im Aussen- und Innenbereich des ehemaligen Munitionslagers Mitholz wurden unter Einhaltung der nötigen Sicherheitsvorkehrungen verschiedene Systeme installiert. Damit können insbesondere Veränderungen der Temperatur, Gasentwicklungen oder Felsbewegungen gemessen werden.
- Notfallorganisation: Der Kanton Bern hat eine Notfallplanung erarbeitet. Die Bevölkerung wurde darüber am 5. Dezember 2018 informiert.
- Kommunikation: Die Information der Anwohnerinnen und Anwohner vom 15. April 2019 ist die vierte Veranstaltung dieser Art. Am 26. Januar 2019 ermöglichte es das VBS der Bevölkerung von Mitholz zudem, die Anlage zu besichtigen. Auf Wunsch der Gemeindebehörden publiziert das VBS seit Dezember periodisch einen Newsletter, mit dem es über die laufenden Arbeiten informiert.

Das VBS legt weiterhin grossen Wert darauf, die regionalen Behörden und die Bevölkerung laufend und direkt aus erster Hand zu informieren. Die entsprechenden Schritte werden jeweils mit der Gemeinde und der Regierungsstatthalterin abgesprochen.

Alle historischen und aktuellen Dokumente zu den Arbeiten im Zusammenhang mit dem ehemaligen Munitionslager Mitholz sind unter www.vbs.ch/mitholz öffentlich zugänglich. Die Sammlung wird laufend durch neue Unterlagen aktualisiert.

Quelle: VBS

Bundesrat stellt Weichen für die Weiterentwicklung der Zollverwaltung

Bern, 10.04.2019 – Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 10. April 2019 die Weichen für die Weiterentwicklung der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) gestellt. Unter dem neuen Namen Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) wird die Organisation der EZV auf die neuen Anforderungen ausgerichtet, damit sie ihren Auftrag in einem sich verändernden Umfeld weiterhin erfolgreich erfüllen und die Chancen der Digitalisierung nutzen kann.

Die Digitalisierung der Gesellschaft und der Anspruch auf möglichst einfache und benutzerfreundliche Prozesse im Waren- und Personenverkehr stellen die EZV vor grosse Herausforderungen. Diesen begegnet sie mit dem Transformationsprogramm DaziT, für welches das Parlament im Herbst 2017 einen Verpflichtungskredit von knapp 400 Millionen Franken gesprochen hat. DaziT verfolgt einen gesamtheitlichen Transformationsansatz: Die Zoll- und Abgabenerhebung wird vereinfacht, harmonisiert und durchgehend digitalisiert. Die Regulierungskosten können so gesenkt, die Einnahmen effizienter erhoben und die Sicherheit dank wirksameren Kontrollen erhöht werden. DaziT kann aber nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn sich auch die Organisation der EZV an den neuen Anforderungen orientiert. Dazu hat der Bundesrat an seiner heutigen Sitzung die Weichen gestellt und wichtige Grundsätze festgelegt.

Einheitliches Berufsbild

Im Zentrum der Neuausrichtung steht ein einheitliches Berufsbild, welches die bisherigen Berufe Grenzwächterin und Grenzwächter sowie Zollfachfrau und Zollfachmann ablösen wird. Alle diese Mitarbeitenden werden für umfassende Kontrollen von Waren, Personen und Transportmitteln ausgebildet und spezialisieren sich in einem dieser Bereiche. Sie werden einheitlich uniformiert und aufgabenbezogen bewaffnet. Die Bewaffnung wird nicht in allen Fällen aus einer Schusswaffe bestehen. Die neu ausgerichtete Ausbildung erfolgt sowohl bei neuen als auch bei bestehenden Mitarbeitenden. Diese Fachleute werden in einer neuen operationellen Einheit tätig sein. Sie wird die bestehenden Grenzwachtregionen und Zollkreise ablösen und ebenfalls geografisch gegliedert sein. Die Gliederung kann jedoch von den heutigen Strukturen abweichen.

Die Zollverwaltung kann flexibler agieren

Durch diese Massnahmen sind die Mitarbeitenden flexibler einsetzbar, was es der EZV ermöglicht, noch besser auf Lageveränderungen einzugehen. So wird es beispielsweise einfacher, bei erhöhten Migrationslagen in den betroffenen Regionen Schwergewichte zu bilden. Die EZV bleibt eine zuverlässige Partnerin für die Kantone. Sie wird ihre Präsenz an der Grenze nicht reduzieren, sondern kann ihre Kräfte dank der Digitalisierung noch zielgerichteter und wirkungsvoller einsetzen. Dies ist möglich, weil das Personal der EZV durch DaziT von administrativen Aufgaben entlastet wird und somit vermehrt an der Grenze eingesetzt werden kann.

Rechtlicher Rahmen wird angepasst

Der Bundesrat hat am 10. April 2019 von den Eckdaten der Weiterentwicklung Kenntnis genommen und das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, im Rahmen der anstehenden Revision des Zollgesetzes die entsprechenden Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der EZV zu schaffen. Der Bundesrat will auch den Namen der EZV der neuen Organisationsform anpassen und hat entschieden, diese Verwaltungseinheit künftig Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) zu nennen, was eine Anpassung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) erfordert.

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung

Arbeitsbesuch in Chile: Bundesrat Cassis führt politische Gespräche und nimmt an Jubiläumsfeier des «Colegio Suizo» teil

Bern, 24.04.2019 – Bei seinem Arbeitsbesuch in Chile hat Bundesrat Ignazio Cassis in Santiago das «Colegio Suizo» besucht und an der Feier zum 80-jährigen Bestehen der ältesten offiziellen Schweizer Schule in Lateinamerika teilgenommen. Es zahle sich aus, langfristig in die Bildung zu investieren, sagte der Vorsteher des EDA in seiner Rede. Im Vordergrund seiner politischen Gespräche standen die Situation in Venezuela, die Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Chile sowie die bilaterale Zusammenarbeit zum Beispiel im Umweltbereich.

Chile ist in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ein wichtiges Partnerland der Schweiz in Südamerika. Das Land hat eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen in Lateinamerika. Die bilateralen Beziehungen mit der Schweiz sind eng und betreffen viele Bereiche, darunter Wirtschaft, Bildung, Astronomie und Umwelt.

Im Jahr 2018 betrug die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern rund 790 Mio. CHF. Die Schweiz ist der zehntgrösste Investor in Chile. 200 Schweizer Firmen haben über 30'000 Arbeitsplätze geschaffen. Begünstigt wird der wirtschaftliche Austausch durch ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA und Chile. Über 5000 Schweizerinnen und Schweizer leben in Chile, damit ist die Schweizerkolonie die drittgrösste auf dem Kontinent. Die Zahl der Nachfahren von schweizerischen Einwanderern wird auf 80'000 geschätzt.

1939 wurde mit dem «Colegio Suizo» in der Hauptstadt Santiago die älteste offizielle Schweizerschule in Lateinamerika gegründet. Schweizer Familien wollten damit den Kindern eine Bildung nach den Werten ihres Heimatlandes ermöglichen. Bundesrat Ignazio Cassis würdigte diese Pionierarbeit der Gründer, die mit einfachen Mitteln eine Institution geschaffen hätten, deren Ausstrahlung «weit über die Mauern dieses Gebäudes hinausgeht». Bei der Feier zum 80-jährigen Bestehen des «Colegio» betonte er, dass es sich auszahle, langfristig in Bildung zu investieren. Neben dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA nahmen auch die Direktorin des Bundesamts für Kultur (BAK), Isabelle Chassot, und die Baselbieter Regierungspräsidentin und Bildungsdirektorin Monika Gschwind teil: Das BAK ist beim Bund für die Umsetzung des Gesetzes über die Schweizerschulen im Ausland zuständig. Jede Schule hat einen Kanton als «Paten» – der Kanton Basel-Landschaft ist Schirmherr des «Colegio Suizo» in Santiago.

Bei seinen politischen Gesprächen standen bilaterale, regionale und multilaterale Themen im Vordergrund. Mit Vize-Aussenministerin Carolina Valdivia, die während der Landesabwesenheit des Aussenministers als Aussenministerin in Chile

fungiert, sowie der für Transport und Telekommunikation zuständigen Ministerin Gloria Hutt sprach Bundesrat Cassis über die Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Chile. Das bestehende Abkommen müsse an die Standards des 21. Jahrhunderts angepasst werden, sagte Bundesrat Cassis. Ein weiteres Thema war die bilaterale Zusammenarbeit etwa im Bereich der Umwelt. Die Schweiz engagiert sich in Chile für die Verbesserung des Wassermanagements, Energieeffizienz und Luftqualität. Auch die UNO-Klimakonferenz (COP25), die Chile im Dezember 2019 ausrichten wird, wurde angesprochen, ebenso die Verstärkung der multilateralen Zusammenarbeit sowie die Rolle des UNO-Sicherheitsrats und des Menschenrechtsrats.

Mit Vize-Aussenministerin Valdivia erörterte Bundesrat Cassis ausserdem die Situation in Venezuela. Beide Gesprächspartner waren sich einig, dass eine friedliche und demokratische Lösung des Konflikts angestrebt werden muss.

Quelle: EDA

Bundespräsident Ueli Maurer besucht China mit Finanz- und Wirtschaftsdelegationen und ist zum Staatsbesuch eingeladen

Bern, 16.04.2019 – Bundespräsident Ueli Maurer reist vom 22. bis 30. April 2019 in Begleitung einer Finanz- und einer Wirtschaftsdelegation nach China. Vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping wurde er für den 28. und 29. April zu einem Staatsbesuch eingeladen. Gemäss Beschluss des Bundesrates vom 10. April 2019 werden die Schweiz und China anlässlich des Besuchs ein Memorandum of Understanding (MoU) bezüglichder «Belt and Road Initiative» (BRI) zur Kooperation in Drittmärkten unterzeichnen. In den Tagen davor sind Treffen mit Behörden und Vertretern der Finanz- und Wirtschaftsbranche in Shanghai und Peking und die Teilnahme am zweiten Belt and Road Forum geplant.

Zum Auftakt der Reise wird Bundespräsident Maurer am Dienstag, 23. April, in der Finanzmetropole Shanghai mit Behörden- und Finanzbranchenvertretern zusammenkommen; am Mittwoch und Donnerstag sind selbige Treffen in Peking geplant.

Am Freitag und Samstag, 26. und 27. April, wird der Bundespräsident am zweiten Belt and Road Forum für internationale Kooperation teilnehmen, wo Entwicklungsstrategien, Fragen der Infrastruktur und der Nachhaltigkeit auf der Agenda stehen. Erwartet werden rund 40 Staats- und Regierungschefs. Die Schweiz ist bereits zum zweiten Mal am Belt and Road Forum vertreten und begleitet damit den Beitrag der Belt and Road Initiative (BRI) zum Ausbau der Beziehungen zwischen Asien und Europa.

Im Sinne der Innovativen Strategischen Partnerschaft zwischen der Schweiz und China soll diesbezüglich auch die bilaterale Zusammenarbeit bei Handels- und Finanzfragen in Drittmärkten verstärkt werden. Es ist vorgesehen, dass während des Besuchs des Bundespräsidenten ein auf Finanz und Wirtschaft fokussiertes Memorandum of Understanding (MoU; Verständigungsvereinbarung) unterzeichnet wird.

Ziel dieses MoU ist, dass die beiden Staaten die Zusammenarbeit bei Handel, Investitionen und der Projektfinanzierung in Drittländern entlang der Routen der Belt & Road Initiative (BRI) ausbauen – dies gestützt auf einen Katalog von Grundprinzipien für die Zusammenarbeit, konform mit internationalen Normen und der Gesetzgebung der betroffenen Länder. (Der MoU-Text wird nach der Unterzeichnung veröffentlicht.)

Für Sonntag und Montag, 28. und 29. April, wurde Bundespräsident Maurer vom chinesischen Präsidenten zum Staatsbesuch eingeladen. Der Bundespräsident wird dabei mit Präsident Xi Jinping und mit Premierminister Li Keqiang Gespräche führen. Der Besuch soll dazu dienen, die sehr guten Beziehungen der Schweiz mit China weiter zu vertiefen. In diesem Rahmen wird das erwähnte MoU von den Staatssekretärinnen Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), und Daniela Stoffel, Direktorin des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF), unterzeichnet.

Breit abgestützte Beziehungen

In fast 30 Bereichen führen die beiden Länder derzeit bilaterale Dialoge, die der Erörterung spezifischer Themen dienen. Unter anderem werden auf hochrangiger Stufe Dialoge zur Wirtschaft, zu den Menschenrechten, zu Fragen der Migration, dem Arbeitsrecht, dem geistigem Eigentum und zu Finanzfragen gepflegt. Auch Wissenschaft und Technologie, Gesundheit und Umwelt sind wichtige Felder der Zusammenarbeit.

Die Schweiz anerkannte die neu gegründete Volksrepublik als einer der ersten westlichen Staaten. Zudem hat die Schweiz als erstes kontinentaleuropäisches Land ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen. China ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz hinter der EU und den USA. 2016 verständigten sich beide Seiten darauf, die bilateralen Beziehungen als «Innovative Strategische Partnerschaft» zu definieren. Damit wurden die schweizerisch-chinesischen Beziehungen weiter vertieft. Anfang 2017 weilte der chinesische Präsident Xi Jinping seinerseits für einen Staatsbesuch in der Schweiz.

Quelle: EFD

VSAM
Verein Schweizer Armeemuseum
Association du musée suisse de l'armée
Associazione del museo svizzero dell'esercito
Associaziun dal museum svizzer da l'armada
Der VSAM unterstützt die Sammlung Historisches Material der Schweizer Armee und setzt sich für die Schaffung eines künftigen Armeemuseums ein. Helfen Sie mit, die Geschichte zu erhalten, werden Sie Mitglied!
Zudem steht ein grosses Angebot an Militär-Literatur bereit und bei der einzigen offizielle Verkaufsstelle sind (fast) alle Schweizer Uniformabzeichen erhältlich. Die Bücher- sowie Abzeichenlisten sind im Internet abrufbar. Unterlagen zur Mitgliedschaft können Sie per Mail oder per Post anfordern. Machen Sie mit!
www.armeemuseum.ch
Mail: information@armeemuseum.ch - shop@armeemuseum.ch
Postadresse: VSAM - Postfach 2634 – CH 3601 Thun

MEDIA + PRINT
TRINER

Energiewende im Zentrum des Besuchs von Bundesrätin Sommaruga in Berlin

Bern, 09.04.2019 – Bundesrätin Simonetta Sommaruga weilte am 8. und 9. April 2019 für einen Arbeitsbesuch in Berlin. Beim bilateralen Gespräch mit Peter Altmaier, dem deutschen Bundesminister für Wirtschaft und Energie, und einem von Deutschland organisierten Treffen der Stromnachbarn ging es um die künftige Energiepolitik, die Auswirkungen des deutschen Kohleausstiegs und die wichtige Rolle der Wasserkraft beim Umbau des Energiesystems. Die UVEK-Vorsteherin nahm ausserdem am «Berlin Energy-Transition Dialogue» teil. Sie beteiligte sich dort an einem Panel, an dem über die globalen machtpolitischen Veränderungen diskutiert wurde, die sich aus der Energiewende ergeben.

Der Arbeitsbesuch von Bundesrätin Simonetta Sommaruga in Berlin stand im Zeichen der Energie- und Klimapolitik. Gestern thematisierte sie mit ihrem deutschen Amtskollegen, Bundesminister Peter Altmaier, bei einem bilateralen Arbeitsgespräch die Energiepolitik der beiden Länder und den mit dem Ausstieg aus der Kernenergie verbundenen Umbau des Energiesystems. Die UVEK-Vorsteherin nahm zudem an einem Treffen zum Kohleausstieg teil, zu dem Minister Altmaier die Nachbarländer eingeladen hat. Die deutsche Regierung hat Anfang Jahr beschlossen, bis 2038 alle deutschen Kohlekraftwerke stillzulegen. Die Schweiz begrüsst diesen Schritt, weil billige Kohle und tiefe CO_2-Preise in den letzten Jahren den Markt verzerrten. Beides trug zum Preiszerfall bei, was der Schweizer Wasserkraft zu schaffen macht. Der Kohleausstieg hilft der Schweizer Wasserkraft.

Bundesrätin Sommaruga dankte ihrem Amtskollegen, dass Deutschland vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs den Dialog mit den Nachbarstaaten pflegt. Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Versorgungssicherheit wies sie ihn auf die wachsende Bedeutung der Schweizer Wasserkraft hin. Die Schweiz kann bei einem angemessenen Einbezug in den europäischen Markt dank ihren Pumpspeicherwerken für die Versorgungssicherheit eine wichtige Rolle spielen. «Eine enge Zusammenarbeit ist in beidseitigem Interesse», betonte die Schweizer Energieministerin. «Wasserkraft ist komplementär zur Wind- und Sonnenenergie. Eine stärkere grenzüberschreitende Vernetzung und Kooperation hilft, Spitzen und Flauten auszugleichen. »

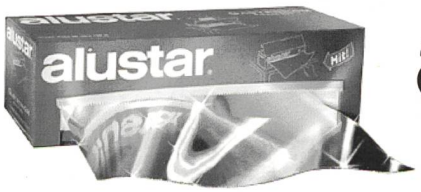
Bundesrätin Sommaruga nutzte den Arbeitsbesuch in Berlin zudem, um am «Berlin Energy-Transition Dialogue» im Auswärtigen Amt teilzunehmen. Die von der deutschen Regierung organisierte, internationale Konferenz steht unter dem Motto «Energiewende – New Horizons». Die UVEK-Vorsteherin wohnte heute der Eröffnung durch Aussenminister Heiko Maas und Energieminister Altmaier bei und beteiligte sich an einer Panel-Diskussion zu den geopolitischen Auswirkungen, die mit dem Umstieg von fossilen zu erneuerbaren Energien verbunden sind. Dank dem Ausbau der erneuerbaren Energien und innovativen Technologien können viele Länder ihre Abhängigkeit von Öl- und Gasexportstaaten vermindern. Die Internationale Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) geht davon aus, dass sich der Wechsel auf erneuerbare Energien beschleunigen und zu neuen Allianzen führen wird, wie aus einem im Januar publizierten Bericht hervorgeht. Das geopolitische Machtgefüge verändert sich. «Im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen sind erneuerbare Energien weltweit verfügbar. Sonnen- und Windenergie oder Erdwärme können zudem dezentral produziert und genutzt werden. Das demokratisiert die Energieversorgung», betonte Bundesrätin Sommaruga am Panel. Wichtig sei auch, die Energieeffizienz zu verbessern. «Daraus ergeben sich für viele Länder neue Chancen.» Mit mehr umweltfreundlichen Technologien wachse aber auch der Bedarf nach wertvollen Mineralien. Da gelte es, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. «Die Industrieländer sind in der Pflicht, gerade auch in Ländern mit schwacher Gouvernanz verantwortungsbewusst zu handeln. Der Rohstoffreichtum muss der Bevölkerung vor Ort zugutekommen. Mehr Transparenz ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.» Daher hat der Bundesrat im Rahmen der Aktienrechtsrevision festgelegt, dass die in Rohstoffförderung tätigen Unternehmen ihre Zahlungen an staatliche Stellen künftig offenlegen müssen.

Gespräche mit Fatih Birol, dem Exekutivdirektor der Internationalen Energieagentur (IEA) sowie dem französischen Umweltminister François de Rugy und dem luxemburgischen Energieminister Claude Turmes rundeten den Arbeitsbesuch in Berlin ab.

Quelle: UVEK

Worauf es beim Inserieren ankommt?

Auf die richtige (Fach-)Zeitung!



alustar

begeistert Profis !

Ihr Gastro-Grossist hat's